

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	19. Oktober 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

19.

**Punkt 17 der Tagesordnung: Kombilösung:**

**a) Antrag der Stadträtin Bettina Lisbach, der Stadträte Johannes Honné und Manfred Schubnell (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 14. September 2010:**

**Status- und Risikobericht zur Umsetzung der Kombilösung**

**dazu:**

**Ergänzungsantrag der Stadträte Eduardo Mossuto und Jürgen Wenzel (FW) vom 15. Oktober 2010**

**b) Anfrage der Stadträte Eduardo Mossuto und Jürgen Wenzel (FW) vom 13. September 2010:**

**Wegfall und Zusammenlegungen von Haltestellen im Zusammenhang mit der Kombilösung**

**c) Anfrage der Stadträte Eduardo Mossuto und Jürgen Wenzel (FW) vom 15. September 2010:**

**Mehrkosten und Förderfähigkeit der Kombilösung**

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 17 a - c, Vorlagen Nrn. 525, 526, 527 und 541, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahmen der Verwaltung.

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE):** Da haben Sie uns jetzt eine schöne Steilvorlage geliefert, um zu diesem Tagesordnungspunkt überzuleiten. Wo kann man sparen?

Thema Kombilösung: Immerhin liegt jetzt einmal wieder eine neue Zahl auf dem Tisch. Das hat schon eine ganze Weile gedauert. Die 637 oder 638 Millionen, die

das Gesamtprojekt jetzt nach aktuellem Stand kosten soll, diese Erhöhung war für uns nicht überraschend und vermutlich auch für die Befürworter nicht überraschend. Wir sind aber auch sicher, dass diese 637 Millionen noch lange nicht das letzte Wort sind, dass sie wohl eher die Spitze des Eisberges sind. Schon heute ist bekannt, dass noch zig Millionen an Werbekosten, an Planungskosten, an Baustellenmarketing dazukommen. Natürlich wird es auch - das ist immer so bei Großprojekten in diesem Umfang - zu Nachforderungen des Baukonsortiums kommen, von denen uns bisher noch nichts bekannt ist. Vielleicht ist der Stadtverwaltung oder der KASIG etwas bekannt und uns noch nicht mitgeteilt worden.

Bemerkenswert ist - diese Bemerkung muss ich doch auch noch machen -, dass diese Kostensteigerung jetzt u. a. mit dem Ereignis in Köln begründet wird. Bei der Gemeinderatssitzung im März letzten Jahres hat der Kollege Wirth dieses Thema angesprochen, auch Konsequenzen aus diesem Unglück in Bezug auf die Kombilösung gefordert, und sich hier schreckliches Gezeter anhören müssen. Mittlerweile hat man aber doch zum Glück ein Einsehen gehabt und die verschärften Sicherheitsanforderungen und auch entsprechende Versicherungskosten auch in die Planung mit einfließen lassen. Das war sicherlich vernünftig, hat aber natürlich noch einmal zu Kostensteigerungen geführt.

Was leider immer noch nicht öffentlich ist, was uns aber eigentlich als Stadträtinnen und Stadträte besonders interessieren sollte, ist der Eigenanteil, den der Konzern Stadt zu tragen hat. Ich weiß, das spielt sich erst einmal alles in der KASIG ab. Der hatte sich schon von 2002, zurzeit des Bürgerentscheides, bis 2008 schon mehr als verdoppelt. Der ist jetzt noch einmal deutlich gestiegen. Leider wird uns dieser Anteil erst im Aufsichtsrat vorgelegt. Ich kann dazu im Augenblick nicht viel sagen. Ich kann nur sagen, dass er eben jetzt noch einmal deutlich weiter nach oben gegangen ist und auch überproportional steigt, gemessen an der Erhöhung der Gesamtkosten.

Auch bei den Förderbedingungen ist noch einiges unklar. Sie haben sicher in der Zeitung gelesen, dass sich da auch die Landtagsabgeordneten in den letzten Tagen wieder einige Gefechte lieferten. Einig sind sie sich wohl darin, dass da noch vieles sehr wagen ist. Man hört aus Stuttgart, dass die gerade anderes zu tun haben, als sich mit unserem Ergänzungsantrag zu beschäftigen, was natürlich bedauerlich ist

und auch heißt, dass wir noch ziemlich lange werden warten müssen, bis da eine Klarheit kommt. Zumindest aber sollte doch die KASIG uns und auch der Öffentlichkeit jetzt schon einmal vorlegen, von was sie denn derzeit ausgeht und auch, was an jährlichen Folgekosten auf uns zukommt. Auch da kann ich sagen, das haben wir leider wieder nur im Aufsichtsrat erfahren. Ich meine, dass die Zahlen ziemlich bedenklich sind, dass da natürlich eine deutliche Steigerung drin ist. Das muss man aber in der Öffentlichkeit diskutieren und auch kommentieren können.

Was wir immer noch vermissen, immer wieder eingefordert haben, hier steht es jetzt auch wieder angekündigt drin, das ist das Finanzierungskonzept. Mit dem Finanzierungskonzept meine ich nicht einfach nur die Aussage, dass man Kredite aufnehmen muss, sondern dass man auch einmal sagt, womit man die Zinsen zahlen will, wie man die zusätzlichen Einnahmen generieren will bei diesen wirklich millionenschweren Folgekosten, die von unserem Gutachter damals auf 16 Mio. € allein für die U-Strab jährlich beziffert worden waren. Wir sind vielleicht noch davon entfernt, aber nähern uns dem doch ganz deutlich an.

Zur aktuellen Situation hier in der Stadt, die auch Hintergrund unseres Antrags ist und warum wir auch meinen, dass man das hier wieder thematisieren muss: Die Karlsruher gehen offensichtlich nicht so umfangreich auf die Straße wie das die Stuttgarter tun.

(Unruhe, Zurufe)

Das heißt aber noch lange nicht, dass hier bei uns Normalität eingekehrt ist. Diese Politik der vollendeten Tatsachen, die Sie, Herr Oberbürgermeister, zumindest den Presseberichten zufolge, in Stuttgart auch noch angepriesen haben als gutes Beispiel, wie es die Stuttgarter denn auch machen sollen, die kommt auch hier in Karlsruhe nicht besonders gut an. Sehr viele Menschen sind frustriert, haben auch resigniert. Wir bekommen das sicher mehr mit als manche anderen hier. Sie fühlen einfach nicht mehr ernst genommen von der Politik. Hinzu kommen noch die akuten Probleme mit den Baustellen, mit dem teilweisen Verkehrschaos. Die Kritik an dem Gesamtprojekt wächst. Auch ohne lautstarke Proteste wird sich das, natürlich auch gerade in der Forderung nach mehr direkter Demokratie, was für uns eine ganz zent-

rale Sache ist, sicher auch in den nächsten Landtagswahlen im Ergebnis widerspiegeln.

Zu unserem Antrag: Wir meinen, dass es im Augenblick das Gebot der Stunde ist, wenigstens für größtmögliche Transparenz zu sorgen. Das sollten übrigens nicht für die Gegner des Projektes, sondern auch die Befürworter einfordern. Deswegen brauchen wir einen halbjährlichen Status- und Risikobericht von der KASIG, von der Stadtverwaltung und müssen den auch im Gemeinderat diskutieren. Der Umfang und auch die Relevanz des Projektes für die Stadt, was man auch immer davon hält, gebietet es einfach. Wir meinen, dass halbjährlich auch die Daten zur Kostenentwicklung dargestellt werden müssen, dass dargestellt werden muss, wie das Baustellenmanagement funktioniert oder wo es Probleme gibt, wie die Baustellenorganisation funktioniert, auch was für Beeinträchtigungen jeweils in den nächsten Monaten auf die Bevölkerung zukommen und was man tut, um die zu minimieren.

Alle Projektrisiken müssen regelmäßig auf den Tisch, auch die jeweiligen Nachtragsforderungen, mit denen wir konfrontiert sein werden. Wenn es eben massive Probleme gibt, muss man auch noch die Möglichkeit haben, auch von der Politik hier gegenzusteuern, hier neue Entscheidungen zu fällen, soweit das notwendig ist.

Beim Entschädigungsmanagement - weil es hier heißt, dazu kann man aus Datenschutzgründen nichts sagen - erwarten wir natürlich nicht, dass wir hier über einzelne Geschäfte diskutieren. Das ist überhaupt keine Frage. Es geht hier um die Größenordnung der Anträge, die gestellt werden. Es geht darum, wie viele Geschäfte sich in ihrer Existenz bedroht sehen. Es geht darum, wie die KASIG mit diesen Anforderungen umgeht. Ich kann nur sagen, im Augenblick ist das, was wir dazu im Aufsichtsrat hören, etwas völlig anderes als das, was uns viele Einzelhändler erzählen. Hier muss einfach auch mehr Transparenz her.

Das alles kann sich nicht alleine im Aufsichtsrat abspielen, die Öffentlichkeit ist brennend daran interessiert, sie hat auch ein Recht auf diese Informationen. Die Antwort der Verwaltung ist völlig unbefriedigend. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, sonst würde ich mir vielleicht gleich noch einmal die Rüge einholen, die vorhin der Herr Borner bekommen hat. Diese Antwort ist aber wirklich gänzlich unbe-

friedigend für uns. Man will sich nicht in die Karten gucken lassen. Das sieht auch ganz danach aus, als ob man eben einiges zu verbergen hätte.

(Oh-Rufe auf der rechten Seite des Hauses, Beifall bei den Grünen)

**Der Vorsitzende:** Bevor wir in die Diskussionsrunde gehen, muss ich doch jetzt eines sagen, liebe Frau Stadträtin Lisbach. Das ist jetzt genau wieder der Versuch, den Sie unternommen haben, mit Behauptungen Unsicherheit in die Bevölkerung zu tragen in dieser öffentlichen Sitzung.

(Beifall auf der rechten Seite des Hauses)

Genau das haben Sie jetzt wieder gemacht, wie schon so manches Mal. Wenn Sie sagen, es wird so vage hingestellt. Das sind ja alles Behauptungen - Behauptungen, die durch nichts bewiesen sind. Ich finde es schon erstaunlich, dass Sie für sich in Anspruch nehmen, dass nur Sie in der Bevölkerung ernst genommen werden. Ich fühle mich in der Bevölkerung sehr ernst genommen, gerade in dieser Frage. Ich führe in dieser Frage unglaublich viele Gespräche mit der Bevölkerung. Den Alleinvertretungsanspruch, den Sie hier angemeldet haben, den kann ich nicht ganz ernst nehmen. Wenn Sie mehr Demokratie ansprechen, wie viel mehr Demokratie wollen Sie denn eigentlich noch als einen Bürgerentscheid im Jahr 2002?

(Vereinzelter Beifall auf der rechten Seite des Hauses)

Das ist das Höchstmaß an unmittelbarer Demokratie, das wir in unserer Stadt durchführen können. Die haben wir durchgeführt, und zwar im Jahr 2002. Da haben wir uns hier vor dem Spatenstich ausführlich darüber unterhalten. Das werden Sie uns auch nicht absprechen können - die Befürworter meine ich jetzt mit uns -, dass wir diesen demokratischen Prozess hinter uns haben. Das unterscheidet uns von anderen Projekten. Wir haben diese demokratische Entscheidung eines Bürgerentscheids. Ich bin absolut bei Ihnen, wenn Sie sagen Transparenz, da bin ich auch dieser Meinung. Aber Transparenz heißt nicht, dass wir alle sechs Monate im Gemeinderat darüber diskutieren müssen. Transparenz heißt, dass wir den Bürgern sagen, was wir machen. Da wird Ihnen Frau Mergen nachher einiges sagen, was wir

in der Vergangenheit schon gemacht haben. Man muss das nur zur Kenntnis nehmen und nicht zur Seite schieben, weil es in die eigene Argumentationslinie nicht passt. Wenn Sie sagen, man muss dann auch einmal gegensteuern und neue Entscheidungen treffen, dann sage ich Ihnen, genau das wollen wir nicht. Gegensteuern ja im Sinne von Dingen, Entwicklungen, die uns vielleicht nicht gefallen, dass wir die im Prozess ändern, aber nicht - so habe ich es mir aufgeschrieben, dass Sie es gesagt haben - gegensteuern, neue Entscheidung. Die Entscheidung ist getroffen, und zwar von den Bürgern dieser Stadt, und zwar mit Mehrheit getroffen worden. Deshalb kann es eine neue Entscheidung nicht geben. Gegensteuern bin ich so weit bei Ihnen, wie gesagt, als wir mögliche Entwicklungen verhindern müssen, die wir als nicht hilfreich ansehen. Da bin ich dann wieder bei Ihnen, aber nicht eine neue Entscheidung.

(Vereinzelter Beifall auf der rechten Seite des Hauses)

**Stadtrat Maier (CDU):** Es gibt nichts auf der Welt, was nicht noch verbessert werden könnte. Deshalb sind wir den Antragstellern fast dankbar für die Anregungen, die sie in ihrem Antrag gemacht haben. Wir sehen die Stadt und die KASIG allerdings auf einem guten Weg, auf einem sehr guten Weg, nach einer langen intensiven und eher sachlich ruhigen Planungsphase nun die Informationspolitik zunehmend offensiver zu gestalten. Offene einsehbare Baustellen vor Ort auf der einen Seite, punktuelle Informationen über aktuelle Änderungen und Veränderungen zum Betrieb für die jeweils betroffenen Fahrgäste und die Stadtteile sowie Status- und Risikoberichte an die Gesellschaftervertreter, also die Stadt, und an die Aufsichtsgremien und, soweit rechtlich möglich und sinnvoll, auch an die interessierte Allgemeinheit auf der anderen Seite.

Wir alle sehen derzeit andernorts was passieren kann, wenn die Öffentlichkeit nicht richtig informiert ist und diese Informationen dann einige lautstark viertelsinformierte Zukunftsverhinderer vermeintlich übernehmen wollen.

(Teilweise Beifall bei der CDU)

Der Souverän hat verdient, von Fachleuten informiert zu werden und nicht durch Halbwahrheiten und Säbelgerassel verunsichert zu werden. Hier in Karlsruhe waren wir als Gemeinderat und die Bevölkerung in einem beispiellosen Beteiligungsprozess - der Herr Oberbürgermeister hat es angesprochen, ich bin ihm da auch persönlich dankbar für das, was er damals in die Wege geleitet hat - eingebunden, der dann in einen Bürgerentscheid mündete. Ersichtlich ist hier, dass sich die Bevölkerung für die Kombilösung ausgesprochen hat. Wir müssen gemeinsam alles daran setzen, die Bevölkerung auch weiterhin mitzunehmen, vielleicht noch mehr mitzunehmen. Das ist der Appell an uns, an die Politik.

Gerade in der für alle Beteiligten mitunter auch schweren Zeit der Bauphase muss es uns gelingen, dass dieses zukunftsfähige und zukunftssträchtige Jahrhundertprojekt positiv von allen begleitet wird und wir uns am Ende alle gemeinsam über das Erreichte freuen können. Informationen, wenn sie auch meistens sehr komplex sind, erhöhen die Akzeptanz auch in schwierigen Zeiten. Also keine Angst vor offensiver Information, das Projekt an sich ist dieses allemal wert.

(Beifall bei der CDU)

**Stadträtin Baitinger (SPD):** Bevor ich zum Ergebnis mit dem Umgang zum Antrag komme, möchte ich einige Anmerkungen zu dem Redebeitrag zu Frau Lisbach machen. Ich finde es bemerkenswert, dass anlässlich einer Verkehrsinfrastrukturmaßnahme - um nichts anderes handelt es sich, mit einer Technik, die etwa 100, 105 Jahre alt ist, nämlich U-Bahn-Bauen, und dabei ist es nicht einmal eine U-Bahn, es ist eine Unterpflasterbahn, also eine uralte Technik im Vergleich zu Photovoltaik oder im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien - ein Glaubenskrieg vom Zaun gebrochen wird, als wenn es um Werteentscheidungen in dieser Gesellschaft ginge. Hier scheinen mir emotionaler Aufwand und demokratischer Ertrag schon in einem absoluten Missverhältnis zu stehen. Das ist die Sache nicht wert. Die Sache ist einmal entschieden worden, und jeder, der sich an Volksentscheide und direkte Demokratie hält, sollte nun das Bestmögliche tun, um dieses Ergebnis bestmöglichst umzusetzen. Dem dient aber sicherlich nicht, wenn immer wieder über Verschwörungstheorien - da gibt es mehr, die wissen mehr, da gibt es Eisbergspitzen, aber 90 % sind verborgen - so getan und gemacht wird und dann gar noch als Gipfel die Be-

hauptung erfolgt, dass während der Umbauphase insbesondere Personen mit eingeschränkter Mobilität in der Kaiserstraße während der Bauzeit einem deutlich erhöhten Unfallrisiko ausgesetzt sind. Personen mit eingeschränkter Mobilität konnten zu keinem Zeitpunkt in der Kaiserstraße einem erhöhteren Unfallrisiko ausgesetzt sein als zu Zeiten der ständig von zwei Seiten fahrenden Großraumwagen des KVV bzw. der VBK.

(Beifall bei der SPD und anderen)

Es ist eine völlig absurde und durch keine Zahl untermauerte Behauptung, und so handelt es sich auch bei den anderen Behauptungen. Es sind Behauptungen, die wirklich die Qualität von Verschwörungstheorien langsam aber sicher mehr als einnehmen. Der Eigenanteil hat sich mehr als verdoppelt. Wir haben das doch im Aufsichtsrat diskutiert und diese dynamische Struktur auch besprochen. Natürlich darf man aber das, was im Aufsichtsrat gesagt wird, hier nicht ansprechen. Aber man kann so eine Behauptung aufstellen. Dabei weiß niemand, was sich hinter Eigenanteil verbirgt. Das ist ganz klar, dass das im Rahmen eines solchen Antrags gar nicht entsprechend erläutert werden kann.

Behauptungen, Politik und Bevölkerung müssen wissen, was mit der Kombilösung auf sie zukommt, um Fehlentwicklungen sofort gegensteuern zu können: Sollen wir hier einen Mega-Aufsichtsrat machen mit 48 oder 49 Aufsichtsräten? Dieses hier ist operatives Geschäft, was in ganz großen Teilen verlangt wird. Das kann nicht der Gemeinderat und schon gar nicht die Bevölkerung machen. Damit sind bei der Transparenz. Was bitte und wer bitte soll über Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen für die Bevölkerung und für den Einzelhandel über diese Maßnahme im Detail hier beraten können? Was soll eine solche Information bewirken, außer der trügerischen Sicherheit, man wisse etwas. Man kann es aber gar nicht einordnen. Man hat gar keinen Bezug zu anderen Projekten. Genau das Gleiche gilt für Folgekosten, Finanzierungskonzepte und das ganze andere. Es wird für kein anderes Projekt verlangt. Es wird nur für das eine Projekt verlangt. Deshalb ist die Absicht gar nicht die Transparenz, sondern die Absicht ist die, immer wieder hier die eigenen Thesen und Theorien aufbauschen zu können. Deshalb muss man bei der Bewertung des Antrags diese beiden Dinge gegeneinander abwägen, die rituelle halbjährli-



che Wiederholung der bekannten Argumente und verschwörungstheoretischen Überlegungen zur Kombilösung mit allen ihren Anmerkungen oder die Angst davor, die man erweckt, wenn man dem nicht zustimmt, nämlich die geschürte Angst, man habe etwas zu verbergen.

Nun sind halbjährliche Berichte sicherlich nicht im Interesse des Ganzen, denn die KASIG soll ja auch arbeiten, sprich: bauen. Dazu braucht man die Leute, und die können nicht halbjährliche Berichte erstellen. In Abwägung aller Dinge - und weil wir immer kritisiert haben, dass die GmbHisierung von Strukturen, die früher Eigenbetriebe waren, eben dazu führt, dass vieles in der Nichtöffentlichkeit des Aufsichtsrats sitzt - könnten wir uns vorstellen, dass man einmal im Jahr hier darüber berichtet, insbesondere über die Themen Baufortschritt, meinetwegen auch Kostenentwicklung in einer Form, die öffentlichkeitsverträglich ist, ohne die Geschäfte zu schädigen, die mit der GmbH verträglich sind, aber das dennoch darstellt, dass das Projekt vorwärts geht, dass es so vorwärts geht, wie wir uns das vorstellen und wenn einmal Probleme auftreten, kann man die auch benennen, da hat nämlich niemand Angst davor. Ich glaube jedenfalls nicht, dass man sich dahinter zu verstecken braucht, sondern dass man das alles offen benennen kann und es sicherlich eine Möglichkeit gibt, einmal im Jahr mit so einer Berichtsform und dann sachlich von allen Seiten über die Themen

- wie läuft die Umsetzung der Kombilösung?
- wo geht es schneller?
- wo geht es langsamer?
- wo sind unerwartete Probleme aufgetreten?
- wo gibt es unerwartete positive oder negative Reaktionen aus der Bevölkerung?

berichtet. Das kann sich meine Fraktion gut vorstellen. Das würden wir uns sogar wünschen, fast schon als Teil eines positiven Marketings in dieser Sache, weil sich hier niemand verstecken muss.

Eine Anmerkung habe ich noch vergessen, das ist eine Stilfrage. Wenn die Reaktionen auf den von mir sehr geschätzten Kollegen Tim Wirth im Zusammenhang mit

Köln, die ja nicht darauf abzielten, die Frage einer erhöhten Versicherungssumme zu diskutieren als Folge von Köln, wenn diese berechtigten Gegenargumente der anderen Stadtratskolleginnen und -kollegen als Gezeter diffamiert werden, dann muss ich doch im Namen meiner Fraktion dagegen verwahren, denn wir haben nicht gezetert, wir haben halt eine andere Auffassung. Das ist in diesem Haus genau so legitim wie Ihre andere Auffassung.

(Beifall bei der SPD)

**Stadträtin Fromm (FDP):** Ihr Antrag, sehr geehrte Damen und Herren der grünen Fraktion, ab sofort zweimal jährlich einen aktuellen Status- und Risikobericht zu erhalten, zeigt eigentlich, dass Sie überhaupt nicht zuhören, was im Aufsichtsrat der KASIG geschieht. In jeder Aufsichtsratssitzung berichtet die Geschäftsführung über den Stand der Kombilösung.

(**Stadtrat Schubnell/GRÜNE:** Das ist doch geheim!)

Das ist vor allen Dingen viel, viel mehr - Sie können ja sofort nachfragen, Unklarheiten können sofort beseitigt werden - als Ihr Antrag begehrt. Außerdem: Drei Ihrer Fraktionskollegen sind Aufsichtsratsmitglieder. Sie erhalten wie alle anderen Mitglieder von der Geschäftsführung umfassende Auskünfte in jeder Sitzung, d. h. in jeder Sitzung einen Geschäftsbericht, z. B. letzte Woche. Die von Ihnen aufgeworfenen Fragestellungen wurden bisher umfassend beantwortet,

(Zuruf **Stadtrat Dr. Maul/SPD**)

denn es wurde im Zuge der Sitzung gefragt, gibt es noch weitere Fragen - nein. Dann hätten Sie da ja wieder einmal nachfragen können.

(Unruhe)

Was haben Sie für ein Demokratieverständnis, wenn Sie einfach nicht respektieren, dass wir sogar, Herr Oberbürgermeister, zwei Bürgerentscheide hatten. Der zweite führte allerdings zur Kombilösung. Hier zeigte sich, dass die Stadt Karlsruhe zeitig

die Bürger mit eingebunden hat. Das in irgendeiner Weise mit Stuttgart zu verbinden, ist eine Unverschämtheit.

(Vereinzelter Beifall)

Ihr Antrag zeigt, dass Sie vor allem nicht gewillt sind, Fakten ernst zu nehmen und auch einmal aus Fakten zu lernen und nicht ständig Falsches und Unterstellungen immer wieder hier vorzutragen, um nur in der Öffentlichkeit zu zeigen, wir sind ja doch noch da, aber wir haben leider keine besseren Argumente. So kann es nicht weitergehen. Sie sollten wissen, dass Geschäftsberichte aller Beteiligungsgesellschaften und Stadttöchter nicht im Gemeinderat in öffentlicher Sitzung beraten werden. Das ist nun einmal so nach dem Handelsgesetzbuch.

So gesehen sind die Punkte 1 und 2 Ihres Antrages eigentlich für uns alle hier im Gemeinderat Zeitfresser. Sie kosten uns Zeit.

(Vereinzelter Beifall auf der rechten Seite des Hauses)

Die von Ihnen gewünschten Angaben über Entschädigungszahlungen gehören einfach nicht in die Öffentlichkeit. Das hat man Ihnen auch in der Aufsichtsratssitzung gesagt. Hier gilt es nämlich, die Interessen der Anspruchnehmer zu schützen. Sie wollen doch immer die Bürger besonders schützen. Wo bleibt hier Ihr Verständnis dafür? Nein - Sie sprechen mit zwei Zungen.

Wir, die FDP-Fraktion, haben jedenfalls das Vertrauen in das Entschädigungsmanagement. Wir halten diesen Punkt Ihres Antrags für unnötig, manche würden vielleicht sogar sagen, für populistischen Aktionismus - und ebenso auch den Ergänzungsantrag der Freien Wähler.

(Beifall bei der FDP)

**Stadtrat Cramer (KAL):** Meine Fraktion wünscht sich auch ein selbstbewusstes und informatives Vorgehen der KASIG, ein selbstbewusstes informatives Vorgehen der Rathauspitze in Richtung der Bürger. Wir sollten - ich bin der Meinung, wir brau-

chen uns nicht verstecken - alles offensiv kommunizieren, wenn sich neue Fakten, neue Zahlen ergeben. Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet das mit Recht, so meinen wir. Die Mehrheit der Bevölkerung wird damit auch positiv umgehen. Es kann das gesamte Projekt nur positiv begleiten. Warum sollen wir jetzt nicht erklären, was die Erhöhung der Eigenanteile angeht, warum wir teilweise in manchen Bereichen den Eigenanteil erhöht haben, der eben nicht zuschussfähig ist? Damit können wir doch offen umgehen, wenn wir da aufzeigen können, dass wir in gewissen Bereichen eine höhere Qualität haben wollen.

Frau Lisbach, meine Fraktion war damals gegen die U-Strab. Wir haben uns damals auch gefreut und haben es verstanden, dass die Bevölkerung die Maßnahme durch dieses Bürgerbegehren abgelehnt hat. Warum hat sie es abgelehnt, weil sie nicht verstanden hat, nicht eingesehen hat, dass, wenn unten die Bahnen fahren, dann trotzdem oben weitergefahren wird, dass nachts der Tunnel abgeschlossen wird und oben fahren die Bahnen. Das war doch das, was die Leute nicht verstanden haben. Das haben sie schmerzhaft dem Vorgänger von Herrn Fenrich, sage ich jetzt einmal in Anführungszeichen, beigebracht. Dann ist aber ein Bürgerbeteiligungsprozess angelaufen, ein Bürgerbeteiligungsprozess entstanden. Oder sehen Sie das nicht so? Das würde mich einmal interessieren. Es war ein breites Zusammenfassen verschiedener Themenschwerpunkte, die am Ende darin gegipfelt haben, dass man daraus sozusagen die Kombilösung vorgeschlagen hat. Wir waren auch damals etwas skeptisch, als es hieß, es wird ein weiterer Bürgerentscheid gemacht. Nicht skeptisch, dass das gemacht wird, das fanden wir richtig, aber wir waren uns nicht klar, kommt das richtig an. Wir haben dann, nachdem dieser Bürgerentscheid positiv ausging, obwohl wir an sich inhaltlich anderer Meinung waren, obwohl die Karlsruher Liste immer gemeint hat, man müsste das oberirdisch lösen können, für uns - und das im Gegensatz zu Ihnen und den Freien Wählern - das akzeptiert. Das ist ein wirklich ein großer Unterschied.

Haben Sie gestern gehört, was Ihr Parteivorsitzender, Cem Özdemir, gesagt hat? Sollte ein Bürgerbegehren, ein Volksentscheid, in Baden-Württemberg kommen, und der Bürgerentscheid sagt ja zu Stuttgart 21, dann akzeptieren wir das. Dann akzeptieren wir das, auch wenn wir an der Regierung sein sollten.

(Vereinzelter Beifall)

Da hätte ich z. B. jetzt seit 5, 6, 7 oder 8 Jahren von Ihnen erwartet, dass Sie und auch die Freien Wähler, die immer nach Volksentscheiden und Bürgerbegehren rufen, einfach diesen Entscheid akzeptieren. Meine Fraktion hat ihn akzeptiert, und wir versuchen jetzt, diese Maßnahme positiv zu begleiten. Wir kümmern uns z. B. auch direkt um Ladenbesitzer, um kleine Ladenbesitzer, die Probleme haben. Nur machen wir so etwas nicht zu einem großen Antrag, zu einem großen Showdown letztendlich, mit dem Ziel, irgendwie parteipolitisch Honig zu saugen, sondern wir versuchen im engen Kontakt mit der KASIG und den kleinen Ladenbesitzern, diese zusammenzubringen und Lösungen zu finden. Da kann ich Ihnen nur sagen, dass wir da sehr positive Rückmeldungen haben, dass sich das entwickelt, dass es positiv läuft. Von daher können ich und meine Fraktion Ihrem Antrag nicht folgen.

Wir denken, bei aller Problematik, die so ein Großprojekt hat, dass wir eben diese Entwicklung zur Kriegsstraße - die Folge dieser Südentwicklung stadtplanerisch, die wir mit dem ECE sehen - und andere Dinge politisch wollen und auch so politisch mittragen, weil der Bürger nach einem Bürgerbeteiligungsprozess und einem Bürgerentscheid das so gewollt hat.

(Beifall bei der KAL und bei anderen)

**Stadtrat Wenzel (FW):** Die Wahrnehmung von Demokratie kann unterschiedlich sein. Das wissen wir alle.

**(Stadtrat Cramer/KAL:** Das müssen Sie mir mal erklären! - **Stadträtin Fromm/FDP:** Demokratie ist Demokratie!)

Es gibt Bürger in dieser Stadt, die sind der Auffassung, dass ein Bürgerentscheid zu diesem Projekt ausreichend gewesen ist.

(Zurufe)

Es gibt andere Bürger, die der Auffassung sind, mit dem zweiten Bürgerentscheid wurde das Nonplusultra erreicht. Aber es gibt aber auch Bürger in dieser Stadt, die der Auffassung sind, ein dritter Bürgerentscheid wäre nach geänderter Sachlage vielleicht doch erforderlich gewesen.

(Unruhe, Zurufe, u. a. **Stadtrat Dr. Maul/SPD**: Jährlich einen Bürgerentscheid! - Heiterkeit)

Kollege Maier, Sie haben Recht, Halbwahrheiten können kursieren, aber nur dann, wenn Informationen nicht offen fließen und weitergeleitet werden. Das wollen wir ja verhindern, indem wir die Informationen durch unsere Anträge hier der Öffentlichkeit bekannt machen.

Auch ich habe Erfahrung und bin in diesem Thema immer wieder mit Bürgern unterwegs. Ich habe feststellen müssen - meine Erfahrung -, es gibt drei große Fragen hier in Karlsruhe:

- Wie teuer wird die Kombilösung?
- Welche Finanzierungslast kommt auf uns Bürger zu?
- Und das Wichtigste vielleicht, das ist ganz wichtig: Was passiert im Augenblick - und warum? Und was kommt als nächstes?

Fragen, dessen Beantwortung die Bürger nicht einmalig haben wollen, sie wollen es fortlaufend immer wieder wissen. Für uns Freie Wähler steht daher fest, dass ein Projekt wie die Kombilösung, das über ein Jahrzehnt das Gesicht unserer Karlsruher Innenstadt beeinflusst und verändern wird, in allen Details der Öffentlichkeit transparent gemacht werden muss, denn dieses Projekt läuft ja, Sie haben es gesagt, man kann es nicht mehr rückgängig machen.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn Sie aber die größtmögliche Akzeptanz der Bürger haben wollen, dann müssen sie auch über alles informiert sein.

Die Grünen haben mit Ihrem Antrag einiges vorgelegt, und es ist auch richtig, was sie vorgelegt haben. Aber wir wollen die Bürger noch weitergehend informiert haben. Es geht um den Geldfluss, es ist doch wichtig, wie wird das entstehen, welche Zinsen werden fließen, was ist mit der Vorfinanzierung, aber auch: Was ist mit den begleitenden Kosten, die wir haben? Was ist mit den Folgekosten? Und letztendlich, um jetzt wieder Transparenz zu erzeugen: Wie ist es mit den Marketing- und Werbekosten, denn eine Akzeptanz kann sehr teuer sein? Herr Cramer hat Recht. Warum sollte man davor Angst haben, es den Bürgern zu sagen. So entstehen diese Halbwahrheiten. Die angenommenen Baukosten für die Kombilösung sind gestiegen mit der Planung von 498 Mio. im Jahr 2004 - in 2008 auf 588 Mio. - im Januar d. J. auf 615 Mio., nach aktueller Aussage, nach den erforderlichen Nachbesserungen auf 637,7 Mio. €.

Wir danken für die ehrliche Antwort auf unsere Anfrage. Das muss ich hier auch gestehen, dass Sie das gemacht haben. Es ist ein Beitrag zum Informationsfluss. Unser Kollege Kalmbach hat im Mai d. J. einen Antrag zum Informationsfluss der Kombilösung gestellt. Die Leute wollen wissen, wie geht es weiter. Wir dürfen diese Information nicht im Verborgenen halten. Wir müssen einfach an die Öffentlichkeit gehen - und deshalb unsere Anträge.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Vor dem Bürgerentscheid habe ich mehrmals auf meine Frage hin, ob denn solche Mammutprojekte nicht zu mehr sozialen Kürzungen der Stadt führen werden, mehrfach immer wieder gesagt bekommen: Nein, nein, nein. Nach dem Bürgerentscheid haben Sie, Herr Oberbürgermeister, die Lösung herausgebracht: Sparen macht Spaß. Mit Sparen meinten Sie einsparen, und alle Vorschläge für eine Einsparung waren im sozialen Bereich.

**(Der Vorsitzende [lachend]):** Das haut dem Fass den Boden raus!

- Die Steigerung war in diesem Bereich. Und auch jetzt, Herr Oberbürgermeister, schnüren Sie schon die nächsten Sparpakete, die wir in der nächsten Haushaltsdebatte vorliegen haben werden. Sie haben auch in der Debatte um die Wirtschaftskrise gesagt, wir müssen jetzt sparen, aber Finger weg von meiner Unterpflasterbahn

oder Kombilösung, die steht überhaupt nicht zur Debatte. Kollege Wenzel hat die Zahlen, die Sie selbst genannt haben, aufgezählt, wie denn die Steigerung der Kosten bis heute ist. Im Endeffekt haben Sie vor dem Bürgerentscheid nicht die korrekten Zahlen genannt. Das ist ähnlich gelaufen wie bei Stuttgart 21. Es werden falsche Zahlen genannt. Es wird dann behauptet, irgendetwas kommt später dazu, weil Sie sich erst eine Genehmigung holen wollen, damit dann später, wenn es genehmigt ist, auf dem formalen Wege die echten Zahlen herauskommen. Sie wissen ganz genau, dieses Projekt, wenn Sie das so durchziehen, wird am Ende eine Milliarde gekostet haben. Das steht im Protokoll. Wir werden, wenn es nicht abgebrochen wird, in zehn Jahren noch einmal darüber sprechen. Das wissen Sie auch, und es wäre fair, es gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu äußern. In einer der letzten Sitzungen hatten Sie im Prinzip schon so etwas erwähnt, dass Sie davon ausgehen, dass es teurer wird. Sagen Sie es aber klar. Das nächste Mal wünsche ich auch, dass es vor dem Bürgerentscheid so gesagt wird und nicht hinterher mit „Sparen macht Spaß“.

Für mich gilt nach wie vor: Solange wir hier in dieser Stadt nicht in der Lage sind, jedem Kind eine Tageseinrichtung zu geben, damit die Bildung steigt und wir nicht hinterher debattieren, dass wir Fachkräftemangel haben auf der einen Seite, viele Arbeitslosengeld-II-Bezieher auf der anderen Seite, Kinder werden in die Arbeitslosigkeit geboren, tun wir einfach nicht genug, weil wir in anderen Bereichen viel mehr tun wollen, eben lieber U-Bahn bauen. Solange es dieses Missverhältnis gibt, ist für mich klar, ich werde zu keiner Zeit zustimmen, dass man so viel Geld in die Erde setzt anstatt kostenlose und ausreichend Kitas in dieser Stadt zu bauen.

(Unruhe, Zurufe, u. a. **Stadträtin Baitinger/SPD**: In Moskau gibt es auch eine U-Bahn; **Stadtrat Schubnell/GRÜNE**: Moskau ist viel größer als Karlsruhe!)

**Stadtrat Kalmbach (GfK)**: Ich bin nach wie vor ein Befürworter dieses Projektes und ich stehe dazu. Ich finde auch, dass der Informationsfluss besser geworden ist. Ich muss aber dazu ergänzen, ich als Einzelstadtrat - und ich werde nicht müde, das immer wieder zu wiederholen, mir geht es wie vielen anderen Bürgern - habe keinen Einblick. Ich höre, dass man Dinge nicht sagen darf und muss einfach davon ausgehen, das wird schon gutgehen. Das ist natürlich nicht befriedigend.



In meiner Anfrage, die ich gestellt habe, fragte ich damals nach mehr Informationsfluss. Mir wurde gesagt, manche Dinge sind zu kompliziert, als dass man sie in der Öffentlichkeit sagen könnte, weil sie nicht verstanden werden. Das war in der Antwort mit drin, und das geht natürlich nicht, weil wir es dem Bürger überlassen sollten, ob er es versteht oder nicht. Da kommen einfach Dinge herein, die Missstimmung machen in der Bevölkerung machen, die Misstrauen säen. Deswegen, trotz aller Fortschritte, würde ich da noch einmal sagen, wir brauchen eine selbstbewusste Informationspolitik. Wir brauchen uns nicht zu schämen, Dinge öffentlich zu machen, weil sie bestehen können.

(Beifall auf der rechten Seite des Hauses)

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE):** Ich möchte nur dem Herrn Cramer noch eine Antwort geben auf seine Frage. Ich denke, dass ich sie ihm schuldig bin und er die Frage auch so formuliert hat, dass es sich gehört, dass man antwortet.

Zum Thema Bürgerentscheid 2002: Wenn Sie beobachten, wie sich die Fraktion in den Jahren danach verhalten hat, dann war das tatsächlich ein Akzeptieren des Ergebnisses. Dazu stehe ich auch. Ich selbst habe mich immer dafür stark gemacht. Wir haben in der Zeit gefordert, dass man die Kriegsstraße zuerst realisiert. Das ist auch legitim. Sicher hätten wir niemals mehr hinterher einen Bürgerentscheid fordern können, wenn die Kriegsstraße erst einmal gebaut worden wäre. In den Jahren danach hat sich aber tatsächlich sehr viel verändert. Wir haben es mehrmals gesagt. Die Kosten, der Eigenanteil der Stadt, von dem man damals 2002 ausging, lag bei 80 Mio. Er hatte sich Ende 2008 auf 171 Mio. erhöht. Gleichzeitig hat sich die finanzielle Lage des Konzerns Stadt deutlich verschlechtert. Diese Diskussion hatten wir ja und diese massive Spardiskussion kam dann hier wieder dazu. In so einer Situation muss es legitim sein - darüber kann man diskutieren, ob unsere Möglichkeiten der direkten Demokratie das im Augenblick ermöglichen -, ein Projekt auch neu zu hinterfragen, zumal wenn der Widerstand in der Bevölkerung ganz enorm wächst. Das kann auch niemandem hier entgangen sein, dass sehr, sehr unsicher war, wie dieser Bürgerentscheid, wenn es noch einmal einen gegeben hätte, ausgegangen wäre. Da war eine andere Stimmung in der Bevölkerung als sie 2002 war. In der Situation waren wir der Auffassung, da habe ich mich auch sehr stark dafür gemacht,

dass hier noch einmal die Bevölkerung befragt werden soll. Das muss auch jederzeit möglich sein, dass man so etwas noch einmal neu hinterfragt. Der Zeitpunkt wäre meines Erachtens auch der richtige gewesen. In den Jahren nach 2002, ohne dass eine äußerliche Veränderung da war, habe ich mich immer dafür eingesetzt, dass wir die Kriegsstraße als erstes Teilprojekt fordern, aber ansonsten das akzeptieren. Dafür stehe ich auch.

Ich wollte jetzt noch einen Vorschlag machen, wie wir mit unserem Antrag umgehen können. Für uns steht hier die Transparenz im Vordergrund. Es kam von der SPD die Vorstellung, dass man vielleicht für einen jährlichen Bericht die Mehrheit bekommen könnte. Deswegen würde ich unseren Antrag dahin gehend modifizieren, dass wir jetzt einen jährlichen Bericht in dieser Darstellung bekommen und möchte darüber dann auch gerne abstimmen lassen.

**(Stadträtin Fromm/FDP:** Dann müssen wir alle Geschäftsberichte auch hier diskutieren!)

**Der Vorsitzende:** Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Bevor Frau Erste Bürgermeisterin - -

- Frau Stadträtin Zürn, bitte sehr.

**Stadträtin Zürn (Die Linke):** Mir liegt es doch am Herzen, kurz etwas zu sagen zu dem Thema Meinungsvielfalt oder der Art, wie wir hier Meinungen äußern. Es hieß gerade, wir wollen eine selbstbewusste Informationspolitik zur U-Strab. Das finde ich eine wichtige Sache. Aber eine andere wichtige Sache finde ich, dass wir auch Meinungsvielfalt hier zulassen. Ich frage mich, was ist an den Fragen erstmal auszusetzen, wenn jemand sagt, wir möchten diskutieren darüber, wie die Mittel vom Land eingesetzt werden. Wir möchten darüber diskutieren, wie der Konzern die Kosten aufschlüsselt und einsetzt. Wir möchten darüber auch diskutieren, was das Marketing kostet, d. h. wir wollen darüber möglicherweise auch verschiedene Meinungen haben und diese hier auch austauschen. Es ging nicht darum, etwas zu blockieren usw. Frau Lisbach hat es gerade gesagt, es geht um Transparenz. Da war ich mir gar nicht mehr sicher, ob diese Transparenz und diese Meinungsvielfalt hier noch

gewünscht wird. Ich fand die Äußerung und die Antworten auf Frau Lisbach relativ polemisch. Es wurde ihr Verschwörungstheorien, Technikfeindlichkeit vorgeworfen, sie würde Bevölkerungsgruppen in Dienst nehmen wie behinderte Menschen, es wurde gesagt, man bausche auf und es sei weder politisch noch sachlich gerechtfertigt, was gesagt wird. Das entspricht für mich nicht einem Umgang mit Meinungsvielfalt.

(Zurufe, u. a. **Stadtrat Dr. Maul/SPD**: Ist das keine Meinungsfreiheit, liebe Frau?)

Für mich ist dieser Antrag ein zeitgemäßer Umgang mit Problemfeldern, die sich im Moment aus solchen Großprojekten, offenbar nicht nur in Karlsruhe, sondern auch anderswo, ergeben. Es gibt neue Diskussionen über Finanzierung, über ökologische Probleme, und es gibt tatsächlich auch diese Forderung nach mehr Transparenz. Das ist nicht nur in Karlsruhe so, das ist anderswo auch so. Ich finde, es ist einfach nur ein demokratischer Umgang zu sagen, lasst uns möglichst viel diskutieren und Meinungen austauschen und nicht immer noch weniger.

(Beifall auf der linken Seite des Hauses)

**Stadtrat Dr. Fischer (KAL)**: Ich habe eine Nachfrage, weil da jetzt ein Vorschlag zu einem neuen Abstimmungsverfahren gemacht wurde. In der Antwort der Verwaltung steht andererseits, dass man bestimmte Sachen aus rechtlichen Gründen nicht einfach so darstellen kann. Die SPD hat einen Vorschlag gemacht mit einem Bericht. Ich weiß nicht, ob das deckungsgleich ist, was hier jeweils gefordert wird. Uns ist auch an einer maximalen Transparenz gelegen, die Kollegen Kalmbach und Wenzel haben es auch gesagt. Bevor wir jetzt über irgendetwas abstimmen, hätte ich gerne gewusst, worüber man denn im Zweifelsfall abstimmt.

**Der Vorsitzende**: Bevor Frau Erste Bürgermeisterin Mergen Ihnen jetzt noch ein paar Details sagt, lassen Sie mich auf die Diskussion kurz eingehen. Ich fange einmal hinten an.

Frau Stadträtin Zürn, es war schon interessant, Ihrer Wortmeldung genau zuzuhören. Das war sehr interessant. Auf der einen Seite reden Sie davon, dass es Ihnen darum geht, Information zu bekommen, das Ganze transparent zu machen, und dann schicken aber sofort hinterher, es geht Ihnen um den Umgang mit Meinungsfreiheit. Frage: Was hat das damit zu tun? Es geht Ihnen darum, unterschiedliche Meinungen darzulegen. Also geht es Ihnen gar nicht darum, die Informationen zu bekommen, sondern hier Ihre Plattform zu nutzen, um Ihre ablehnende Meinung darzulegen. Das ist für mich sehr interessant gewesen, um das in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall auf der rechten Seite des Hauses)

Zweitens: Herr Stadtrat Fostiropoulos, ich mache es von hintenher. Ich glaube, Sie haben es gesagt, dass es wohl niemandem entgangen sein dürfte, dass der Widerstand gewachsen ist. Das ist mir entgangen. - Nein, dann hat es Frau Lisbach gesagt? Also mir ist das entgangen, das muss ich Ihnen wirklich sagen. Ich habe einen ganz anderen Eindruck.

Aber jetzt, Herr Fostiropoulos, komme ich zu Ihnen: Wenn wir anfangen, eine solche Entscheidung von einer solchen Tragweite von aktuellen Finanzsituationen, die sich vielleicht in 12 Monaten, in 24 Monaten wieder gedreht haben können, abhängig zu machen, dann wiederhole ich mich, was ich schon hier einmal gesagt habe, dann stülpen wir am besten eine Käseglocke über Karlsruhe, aber ganz fest reindrücken in die Erde, dass ja keine Luft reinkommt. Nur bleibt dann alles unverändert. Nur wie lange? Dann leben wir nämlich nicht mehr in dieser Stadt. Dann geht sie kaputt.

(Vereinzelter Beifall)

Das müssen Sie sehen, und deshalb kann man eine solche Entscheidung nicht abhängig davon machen, wie im Moment gerade eine mögliche Haushaltssituation ist.

Ich verwahre mich auch ausdrücklich dagegen, dass ich Vorschläge gemacht habe, im Sozialbereich zu sparen mit der Begründung, dass wir das Geld bei der Kombilösung brauchen. - Das haben Sie unterstellt! Den Eindruck haben Sie versucht, hier

durch Ihre Formulierungen zu erwecken. Dagegen wehre ich mich. Wenn wir, wie in der momentanen Frage der Haushaltskonsolidierung, über Kürzungen sprechen, dann ist dies geschuldet der momentanen konjunkturellen Situation und der Situation der kommunalen Haushalte, wie sie landauf, landab im Moment ist - und sonst gar nichts. Ich wehre mich dagegen, und das haben Sie schon einmal getan, mir zu unterstellen, dass ich sage, wir müssen in dem Bereich kürzen, weil wir das Geld bei der Kombilösung brauchen.

**(Stadtrat Fostiropoulos/Die Linke:** Sie sparen an der falschen Stelle, das ist richtig!)

- Das ist vielleicht Ihre Meinung, aber Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass ich gesagt hätte, wir müssen im Sozialbereich - -

**(Erneuter Zuruf Stadtrat Fostiropoulos/Die Linke)**

- Es wird im Sozialen nicht wegen der Kombilösung gespart, um das noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen. Vielleicht nehmen Sie es dann in der einfachen Formulierung zur Kenntnis, sondern es hat dann andere Gründe, haushaltstechnischer und konjunktureller Art.

Wenn Sie sagen, beim Bürgerentscheid sei Basis gewesen eine völlig andere Art der Berechnung, und das hätte ich auch gewusst. Das wissen Sie auch, haben Sie hingefügt. Das ist genauso falsch. Wir haben genau das dem Bürgerentscheid zugrunde gelegt, was wir zu jenem Zeitpunkt wussten. Mehr können wir nämlich einem Bürgerentscheid nicht zugrunde legen. Das ist so.

**(Zurufe)**

- Vielleicht nehmen Sie auch einmal zur Kenntnis, dass sich manche Dinge halt ändern.

Herr Stadtrat Wenzel, es geht nicht um einen Bürgerentscheid, um zwei oder mehrere Bürgerentscheide. Wir haben zur Kombilösung einen Bürgerentscheid gemacht,

nämlich den im Jahr 2002. Der andere war ein ganz anderes Projekt, hat mit der Kombilösung gar nichts zu tun gehabt. Das ist vorhin angesprochen worden, wo die Schwächen dieses Konzepts lagen. Diesem Bürgerentscheid - das hat, glaube ich, Herr Cramer gesagt - ist ein sehr umfangreiches Bürgerbeteiligungsverfahren vorausgegangen. Genau aber diejenigen, die heute so laut schreien, haben auch damals im Bürgerbeteiligungsverfahren schon den Finger erhoben und gesagt, wir sind mundtot gemacht worden. Dabei haben sie sich beteiligt am Bürgerbeteiligungsverfahren, genau die gleichen. Deshalb können Sie nicht heute sagen, vielleicht wäre es besser gewesen, noch einmal einen Bürgerentscheid zu machen. Der Bürgerentscheid für die Kombilösung ist getroffen, und der Bürger hat mit Mehrheit entschieden, dass er die Kombilösung will. Da gibt es nichts Neues mehr zu entscheiden.

Wir wollen über alles informieren, aber Sie dürfen von uns nicht erwarten, dass wir über alles informieren in Ihrem Sinne, sondern wir wollen informieren im Sinne des Vorhabens, nicht in Ihrem Sinne. Das dürfen Sie von uns nicht erwarten, deshalb geht es auch nicht darum, jetzt im Verborgenen etwas zu unternehmen, sondern wir wollen ein Höchstmaß an Transparenz. Das haben wir immer gesagt, Frau Mergen wird gleich noch etwas dazu sagen. Wir wollen die Bürger mitnehmen im Sinne von Akzeptanz, wie Sie sagen, das ist überhaupt keine Frage.

Jetzt zu dem Vorschlag der SPD. Ich hätte überhaupt keine Bedenken, dass wir Ihnen einmal im Jahr über das Vorhaben berichten, wenn Sie das mit dem Jahr kalendarisch nicht so genau nehmen. Denn ich halte es für sinnvoll, wenn wir bei Erreichen bestimmter Zwischenziele, bei einer bedeutenden Kostenveränderung, bei evtl. auftretenden schwerwiegenden Problemen auf Sie zukommen und berichten. Da hätte ich überhaupt keine Bedenken, denn wir haben nichts zu verbergen. Mir ist sehr wohl klar, dass das bestimmte Kreise, auch in diesem Haus, natürlich wieder dazu nutzen - -, aber das nehmen wir aber dann hin als gute Demokraten. Es geht aber im Grunde genommen - und da schließt sich der Kreis, Frau Zürn - nicht darum, dass wir unterschiedliche Meinungen diskutieren, sondern es geht dabei darum, dass wir informieren über den Fortgang des Vorhabens, schlicht und einfach, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

**Erste Bürgermeisterin Mergen:** Ich freue mich, dass Sie in so großer Mehrheit das Leitvorhaben der Stadt Karlsruhe so positiv mit unterstützen. Das hilft! Das hilft beim Vermitteln dieses großen Projektes, was natürlich mit Erschwernissen, mit Staub, mit Baustellen und mit Kosten verbunden ist. Es hilft, dieses bei uns in der Bevölkerung auch in den nächsten Jahren immer wieder positiv zu vermitteln.

Frau Stadträtin Lisbach, ich habe es mehrfach schon gesagt, ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass Sie als grüne Partei und Protagonisten für den ÖPNV vielleicht irgendwann doch noch einmal Ihren Frieden mit der Kombilösung schließen.

**(Stadtrat Schubnell/GRÜNE:** Sinnvoller ÖPNV, nicht unsinniger!)

Ich darf Ihnen sagen, dass die KASIG sehr fleißig an dem Projekt arbeitet, in der Sache Planung baut und wühlt, das sehen Sie schon, aber es gehört inzwischen mehr dazu, ein Großprojekt schmackhaft zu machen. Es gibt drei Ebenen, wie man positives Marketing macht:

Das Erste ist schlichte Information: Was tun wir? Es fahren demnächst keine Straßenbahnen mehr oberirdisch in der Kaiserstraße, falls das Gerücht immer noch bekannt sein sollte - also erstens Information.

Zweitens ein Image erzeugen: Wir wollen nicht sagen, Karlsruhe ist in den nächsten 10 Jahren eine Baustelle. Nein, Karlsruhe ist hoch spannend. Hier sieht man innovative Techniken und Technologien wie diese Schildvortriebmaschine. Wir sind im Gespräch mit dem KIT. Wir arbeiten mit verschiedensten modernsten Methoden. Hier kann man sich angucken, wie eine Stadt umgewandelt und aufgebaut wird, um sie zukunftsfähig zu machen - also ein positives Image.

Das Dritte: Wir wollen die Menschen motivieren und bewegen, genau deswegen auch nach Karlsruhe zu kommen. Was tun wir? Es sind im Wesentlichen fünf Instrumente, die wir anwenden:

- Das Erste ist unser K-Punkt. K-Punkt für Karlsruhe, für Kommunikation, für Kompetenz, für Kultur, für Kombilösung. Der K-Punkt ist seit April in Betrieb

und wird sehr, sehr stark frequentiert von Einzelpersonen, von Gruppen, inzwischen auch von Schülergruppen, die vor Ort kompetent und sehr tiefgehend informiert werden. Sie haben dort ein Screen und können z. B. die Leistungsfähigkeit hier vorne am Marktplatz anschauen. Das ist visualisiert, ist sehr komplex. Ich finde, Herr Dr. Casazza, sehr gut gelungen, auch in der Nachvollziehbarkeit.

- Zum Zweiten haben wir Printmedien, meine Damen und Herren. Wir haben, weil Sie sagen, Transparenz über die Kosten, genau vor einem Jahr in der ersten Beilage „Kombilösung aktuell“ über die Gesamtkosten informiert, über die förderfähigen Kosten, die Beteiligung des Bundes und des Landes. Das Gleiche haben wir in den Ausgaben Nr. 2 und Nr. 3 gemacht, also im Oktober letzten Jahres und im Januar dieses Jahres. Wir haben im April in einer Pressekonzferenz ebenfalls über die Kostenentwicklung nach der Vergabe informiert und kürzlich auch noch einmal im Dialog mit den BNN über den aktuellen Kostenstand. In den Printmedien haben wir einiges gemacht. Wir sind immer aufgeschlossen für Anregungen, punktgenau hier nicht zu viel Geld auszugeben, sondern wirklich am Puls der Zeit zu informieren.
- Das dritte Medium - Internet: Wir Internethauptstadt Nr. 1. Natürlich nutzen wir das Internet. Vielen Dank, es kamen auch aus Ihren Reihen immer wieder einmal Hinweise, wo es nicht so gut funktioniert, wo vielleicht auch noch die Informationen noch nicht so gut sind. Wir sind für Anregungen dankbar, was wir noch besser machen können. Ein Bestandteil von der Internetpräsentation ist auch die Webcam oder die Webcams. Sie können aktuell z. B. gucken, was ist am Europaplatz los.
- Zum Vierten: Zielgruppengespräche. Wir gehen direkt auf die Hauseigentümer zu, wenn es darum geht, was passiert in den nächsten Wochen in ihrem Umfeld, z. B. Kronenplatz. Da muss man einzeln informieren. Das wäre sonst zu global und interessiert den Rest der Stadt wahrscheinlich nicht so sehr.

Eine zweite Zielgruppe ist der Einzelhandel. Hier sind wir im engsten und guten Dialog, um gemeinsam zu schauen, wie wir diese Herausforderung bewäl-



tigen. Wir sind natürlich bei den Entschädigungen im direkten Dialog und haben auch die Zahlungen teilweise schon abgeschlossen. Wir zahlen denjenigen, die tatsächlich nachweisen, dass sie Beeinträchtigungen haben, nach den Spielregeln, die wir transparent gemacht haben. Diejenigen können auch im Internet einen Antrag herunterziehen. Also zielgruppenbezogene Gespräche.

- Das fünfte Instrument ist Sympathiewerbung. Das Ganze ist natürlich staubtrocken und sehr technokratisch und teuer, nichtsdestotrotz Sympathiewerbung z. B. im guten Dialog mit dem Kulturrat: Bauzaugestaltung. Warum nicht einmal kreativ werden, andere Instrumente versuchen? Oder unser Kooperationsmarketing mit der City-Initiative, wie jetzt am vorletzten Wochenende das Stadtfest. Da sind wir im guten Dialog, und Sie sehen vielleicht auch, dass eine ganze Menge Einzelhändler sich viel einfallen lassen, um richtig zu trommeln, für Karlsruhe zu trommeln, dass das Umland und die Region tatsächlich gerade und gerne nach Karlsruhe kommt.
- Das Letzte, unser Maskottchen: Es wird vor Weihnachten dann auch käuflich erwerbbar sein, unser Kombi-Karle. Sie mögen darüber schmunzeln, aber auch Sympathiewerbung gehört zu einem Großprojekt.

Die wichtigste Werbung ist aber, wenn Sie, meine Damen und Herren, zum Projekt stehen und dieses nach außen immer wieder kommunizieren und sagen, das ist das Leitprojekt, um unsere Stadt in den nächsten Jahren umzubauen. Ich hoffe, wir schaffen es gemeinsam zum Wohle unserer Bevölkerung.

(Beifall)

**Der Vorsitzende:** Ich habe Ihnen zugesagt, dass wir Ihnen etwa im Abstand von einem Jahr, aber gemessen am Baufortschritt oder an Kostenfragen, berichten. Wenn etwas Wesentliches ist, würden wir Ihnen dann hier berichten.

(Zuruf)

- Wir werden auf die einzelnen Dinge alle eingehen - klar, keine Frage. Das, was wir öffentlich sagen können, sagen wir auch. Aber das mit den Entschädigungen geht halt nicht öffentlich. Das geht nicht.

**Stadtrat Schubnell (GRÜNE):** Können Sie auch etwas zu den Folgekosten in der Öffentlichkeit sagen? Da ist noch ein großes Fragezeichen.

**Der Vorsitzende:** Das werden wir dann tun, wenn wir so weit sind, dass wir das detailliert sagen können. Wir müssen immer aufpassen - das können wir dann vorher im Aufsichtsrat absprechen -, was ist Sache des Aufsichtsrates und was ist öffentliche Information.

Mir geht es darum, dass Sie bitte mitnehmen: Ich will ein Höchstmaß an Transparenz. Es ist so, auch wenn Sie es nicht ganz glauben wollen, aber es ist trotzdem so.

(**Stadtrat Schubnell/GRÜNE:** Nach den bisherigen Erfahrungen fällt es mir schwer!)

- Es gibt halt in der Vorbereitungsphase Dinge, die man nicht immer gleich sagen kann. Das muss man so zur Kenntnis nehmen. Dann verfahren wir so.

**Beschluss:** Kenntnisnahme von den Stellungnahmen der Verwaltung

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

**Verteiler** (mit Stellungnahmen)  
Ratsinformationssystem  
KASIG  
Zum Gemeinderatsprotokoll  
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -  
8. Dezember 2010